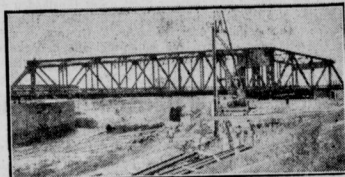


Volks-Zeitung



Bei Bremerhaven wird eine Riesen-drehbrücke gebaut

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
 Moden-Zeitung Sport-Zeitung
 Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg.
 Techn.-Zeitung **Witzblatt „ULK“**
 BERLIN VERÄNDERLICH
 2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Das neue Volks-hotel der Heils-armee

Unterredung Curtius-Briand in Genf Vier Flieger tödlich abgestürzt

Verachtete Toleranz

M.-H. Die grundsätzlichen, die offiziellen Betrachtungen über den Wahlausgang sind nunmehr allerseits abgeschlossen. Es ist aber nicht uninteressant, gelegentlich auch von den mehr oder weniger tief sinnigen Glossen Notiz zu nehmen, die nebenbei noch abfallen. Sie verraten manchmal fast noch deutlicher, welch Geistes Kinder uns gegenüberstehen. Da will die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sich mit der „menschlichen Seite“ der Tatsache beschäftigen, dass ein so grosser Teil der deutschen Jugend zu Hitler abgeschwommen ist. Sie meint, „dass die deutsche Jugend, die in breitem Strome die Reihen der Nationalsozialisten verstärkt hat, nicht zuletzt ihre Unzufriedenheit mit der politischen Disziplinlosigkeit des Bürgertums und mit seiner Duldsamkeit gegenüber den Auswüchsen des literarischen Bolschewismus deutlich und erbittert hat zum Ausdruck bringen wollen“.

Nun ist es unbestreitbar, dass in manchem jungen Menschen, der sich zu Hitler verirrt, der Aberglaube spukte, er könne durch solche Stimmabgabe gegen das verkalkte Spiessertum protestieren, das sich in allen alten Parteien heute breit, allzu breit macht. Es ist aber nicht die „politische Disziplinlosigkeit“, an der sich die Jugend stösst, sondern die kleinliche Privatinteressenvertretung, mit der heutzutage vielfach die Politik verwechselt wird. Die junge Generation hat, das ist der Kern ihres Kriegerlebnisses, ein lebendiges Gefühl für die Bedürfnisse der Gesamtheit, für Gemeinschaft; Volksgemeinschaft ist für sie kein blosser Begriff, sondern eine sehr reale Sehnsucht. Es widert die junge Generation an, wenn sie bei den alten Parteien beobachtet, wie nacktster Interesseneigensinn sich heuchlerisch drapiert mit weltanschaulichen Phrasen, mit pompösen Programmtexten. Dagegen zu protestieren — darum gingen viele zu Hitler, ein Irrweg, dessen wahren Charakter sie bald genug durchschauen werden. Denn es gehört mehr dazu, der Idee der Volksgemeinschaft, dem Primat der Gesamtinteressen gegenüber dem Privateigensinn zum Siege zu verhelfen, als Hitlerische Phrasendrescherei, als Schimpfen und Zerstreuen, als lärmende Kundgebungen und hetzerische Agitation.

Wenn das zitierte Rechtsblatt weiter meint, die Verhinderung der Jugend sei ein Protest gegen die „Duldsamkeit gegenüber den Auswüchsen des literarischen Bolschewismus“, so wird man hier schon eher zugeben müssen, dass es die Jugend von heute kennt. „Wer Gelegenheit hat, beispielsweise mit Studenten oder jungen Angestellten zusammenzukommen, der stösst überall auf Verachtung für die Toleranz etwa gegenüber Theaterprodukten, in denen das Bürgertum sich selbst, seine Ideale und seine kulturelle Tradition verspottet lässt.“ Verachtung für die Toleranz? Gewiss, das kennzeichnet heute einen grossen Teil der Jugend! Ist es nun aber richtig, diese Intoleranz der Jugend als etwas Unabänderliches, ja, geradezu Erfreuliches hinzustellen? Verleugnet man nicht die ganze Geschichte des deutschen Geisteslebens, auf die man sonst so stolz zu sein vorgibt, wenn man der Intoleranz das Wort redet? Woher kommt denn diese neueste Errungenschaft der jüngeren Generationen? Wenn wir von den Jahrgängen absehen, die während der Kriegszeit nur eine höchst lückenhafte Schulbildung sich aneignen konnten, so liegen in der Nachkriegszeit doch die Dinge so, dass auf unseren Schulen die politische Reaktion sich vielfach breiter macht als der Drang, als das Streben, dem jungen Menschen eine möglichst grosszügige Kenntnis des Lebens, der Geschichte, der Welt zu vermitteln.

Würden die Schuljahre voll genutzt, den Schüler mit

Nazi-Auszug aus Stadtparlament

Protestmarsch zum Büfett — Beschluss für Geburtenkontrolle — Mehrheit fordert Zurücknahme des Grundsteuer-Diktates

Die gestrige zweite Sitzung der Stadtverordneten in dieser Tagungsperiode — die erste war bekanntlich am Dienstag durch die Schuld der Kommunisten aufgelassen — brachte nach ruhigem Anfang eine Sensation, nämlich den Auszug der Nationalsozialisten aus dem Saal. Ein nationalsozialistischer Antrag, der die Arbeiterentlassungen bei der B. V. G. und die Herabsetzung der Direktorengehälter betraf, war als 120. Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden. Sie meldeten sich daher zur Geschäftsordnung und verlangten die Verhandlung dieses Punktes an erster Stelle. Das wurde abgelehnt, worauf ihr Redner Dr. Lippert erklärte, dass dieses absichtliche Vorgehen des Vorstandes den Nationalsozialisten gegenüber ein fruchtbares Arbeiten unmöglich mache und dass sich, besonders nach dem Ausfall der Reichstagswahlen, die Nationalsozialisten es sich nicht mehr gefallen lassen können, zur Rolle von Statisten degradiert zu werden und daher die gesamte Fraktion für die Dauer der Sitzung den Saal verlassen würde. Der Auszug der Nationalsozialisten vollzog sich darauf unter grossem Hallo der Kommunisten. Sie hielten sich aber im Foyer bis zum Schluss der Sitzung an.

Die Versammlung nahm darauf einen einermassen normalen Verlauf. Eine lebhafte Kontroverse entstand über die Frage der Beamtensoldatenordnung zwischen dem Volksparteiler Dr. Caspari und dem Kommunisten Casper. Caspari erklärte die Wünsche der Kommunisten in dieser Richtung für undurchführbar, weil heute gerade den Beamten vorgeworfen werde, dass sie am besten gestellt seien. Man würde ihnen durch Gehaltserhöhung einen schlechten Dienst erweisen, weil dadurch die Gefahr nähergerückt werde, dass mit der Beamteneigenschaft überhaupt Schluss gemacht würde. Das wollten sie gerade die Kommunisten. Dagegen wehrte Casper sich heftig.

Seine Partei wolle vielmehr, dass die Pensionsberechtigung der Beamten auch auf die Angestellten und Arbeiter ausgedehnt werde. Schliesslich wurde ein Ausschussantrag angenommen, wonach eine Besserstellung der Beamten der Kategorien 5a und 4c angebahnt werden soll.

Eine längere Debatte knüpfte sich an einen sozialdemokratischen Antrag.

für Eheberatungsstellen besondere Richtlinien herauszugeben und im Sinne einer vernünftigen Geburtenregelung die kostenlose Verabfolgung von gesundheitlich einwandfreien Vorbeugungsmitteln in geeigneten Fällen zu ermöglichen. Der Antrag wurde angenommen.

In der Debatte wandte sich der Demokrat Dr. Bamberg scharf gegen die deutschnationale Stadtverordnete Matschinski, die geäussert hatte, man müsse vor allen Dingen für gute deutsche Aerzte in den Beratungsstellen sorgen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung gerieten die Debatanten wieder einmal auf das politische Gebiet. Die Kommunisten hatten schon in der vorigen Sitzung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der sich

gegen die sozialpolitischen Massnahmen der Regierung Brüning und gegen die Steuerordnung des Oberpräsidenten richtete.

Zum Schluss artete die Debatte in eines der bekannten Rededuelle zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aus. Der kommunistische Protest wurde angenommen. Für Steuerverweigerung und Verweigerung der Zahlung der Mieterhöhung stimmten jedoch nur die Kommunisten.

Der Antrag, vom Minister des Innern die sofortige Aufhebung des Steuerdikates des Oberpräsidenten zu fordern, fand mit 84 gegen 71 Stimmen Annahme.

Auch das Zentrum stimmte dafür.

In geheimer Sitzung wurde beschlossen, die Frage des Ausscheidens des Stadtkämmerers einem 25gliedrigen Ausschuss zu überweisen. Seine Pensionierung kommt nicht vor der Neubesetzung des Oberbürgermeisterpostens in Frage.

den grossen Geistern und geistigen Bewegungen der Geschichte und insbesondere der deutschen Geschichte bekanntzumachen — wie wäre es dann möglich, dass junge Menschen mit muffiger Intoleranz den Ruf des deutschen Kulturlebens schädigen? Die „D. A. Z.“ fragt entrüstet: „Warum lässt man es sich gefallen, dass Piscator seine Stücke aufführen kann, dass die Sklareks wenige Monate nach der Aufdeckung ihrer Schiebungen wieder Arm in Arm mit Bürgerlichen auf den Rennplätzen erscheinen, dass Lustmörder und andere Verbrecher auf der Bühne durch hinverbrannte Autoren entschuldigt werden, dass Max Holz und Heinz Neumann frei umherlaufen.“ Was wird hier nicht alles gemixt, nur um ja die Stimmung der Intoleranz zu verschärfen? Sollen wir denn wieder ein Polizei- und Zuchtstaat werden? Waren nicht fast alle grossen, bedeutenden geistigen Taten irgendwie revolutionär, den Bürger erschreckend? Hätten sie nicht alle „von Rechts wegen“ verboten werden müssen? Und was wäre ohne sie die deutsche Geschichte? Oder meinen die reaktionären Herrschaften von Kaiserkrönungen und Schlachtenlärm zu lesen wäre, von „Autorität, Ordnung und Disziplin“.

Es ist betrüblich genug, dass das Vorhandensein

putschistischer Kräfte die junge deutsche Republik zu viel mehr Gesetzen und Polizeimassnahmen zwingt, als ihren Gründern und Freunden recht sein und ihrem Rufe als freier Volksstaat zuträglich sein kann. Aber das ist ein Noistand, von dem wir hoffentlich wieder loskommen, sobald die Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse die putschistischen Gefahren beseitigt. Sollen wir aber aus solcher Not eine Tugend machen? Soll man die Notwehr in eine wünschenswerte Polizeiweisung, in eine Verbotsmässigkeit, in muffige Intoleranz umdeuten und umfälschen?

Wir erheben im Unterschied von den parteinationalen Kreisen nicht Anspruch darauf, für bevorzugt waschecht national angesehen zu werden, es genügt uns, uns einzeln in die nationale Gemeinschaft des ganzen Volkes, aber in diesem Fall dürfen wir doch wohl mit aller Deutlichkeit hervorheben, dass wir uns mit den besten Zeiten und Geistern der deutschen Geschichte stärker verbunden fühlen, wenn wir fordern, dass alle, die Verantwortung tragen, dafür zu sorgen haben, dass der deutschen Jugend das köstliche Erbgut stolzer Tradition wieder nahegebracht werde: Duldsamkeit, Verstehen für den andern, Lernen vom Gegner — nicht ihn niederschreiben, die Ohren zuhalten, Scheuklappen anlegen!